

16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Rainer-Michael Lehmann (FDP)

vom 12. Dezember 2006 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Dezember 2006) und **Antwort**

Welche Maßnahmen plant der Senat zum Jahr der Chancengleichheit 2007?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet es der Senat, dass die EU-Kommission das Jahr 2007 zum Jahr der Chancengleichheit für alle, im Rahmen eines konzertierten Konzepts zur Förderung und Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung in der EU erklärt hat?

Zu 1.: Der Senat begrüßt diese Initiative der EU-Kommission. Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung sind als essentieller Teil der Menschenrechte anzusehen. Gerade in einer sich immer stärker ausdifferenzierenden Gesellschaft mit Menschen unterschiedlicher Erfahrungen und Lebensentwürfe wird das Grundverständnis von Nichtdiskriminierung und von Chancengleichheit eine notwendige Voraussetzung für ein friedvolles und gleichberechtigtes Miteinander, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung. Deutschland - und gleichermaßen Berlin - fehlt es, verglichen z.B. mit den angelsächsischen Ländern, bisher an einer allgemeinen Kultur der Antidiskriminierung. Die Initiative der EU wird einen Beitrag dazu leisten, dass sich das ändert.

2. Wie unterstützt der Senat die EU und die Nationale Durchführungsstelle bei der Durchführung dieses Programms?

Zu 2.: Vertreterinnen der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen und des Beauftragten für Integration und Migration bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sind im Auftrag der Gleichstellungs- bzw. der Arbeits- und Sozialministerinnen- und -ministerkonferenz Mitglieder einer länderübergreifenden Arbeitsgruppe bei der Nationalen Durchführungsstelle des BMFSFJ.

Der Senat verwendet für die im Jahr der Chancengleichheit geplanten Maßnahmen und Initiativen das offizielle Logo der EU und verbreitet das einschlägige Informationsmaterial.

3. Welche Maßnahmen und Initiativen plant der Senat im Rahmen dieses Programms konkret in Berlin umzusetzen?

Zu 3.: Folgende Vorhaben sind bisher geplant:

- Erstellung eines Berliner Aktionsplans gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
- Erstellung eines Berliner Aktionsplans gegen jegliche Form von Diskriminierung.
- Fachtagung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.
- Integrationstag 2007 zum Thema Chancengleichheit
- Geprüft wird eine Veranstaltung zum Thema gleichgeschlechtliche Lebensweisen unter Migrantinnen und Migranten
- Erstellung eines auf Geschlechtergerechtigkeit bezogenen „gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms“
- Fachveranstaltung zur Gleichstellung von Frauen und Männern
- Fachveranstaltung zum Landesgleichstellungsgesetz.

4. In wie fern plant der Senat, zur Umsetzung dieser Maßnahmen und Initiativen, zivilgesellschaftliche Träger zu beteiligen?

Zu 4.: Der Senat arbeitet besonders in den Themenfeldern Antidiskriminierung und Chancengleichheit sowie Gleichstellung von Männern und Frauen eng mit Nichtregierungsorganisationen zusammen. Sie werden an den geplanten Fachtagungen weitgehend beteiligt und auch in andere Initiativen einbezogen.

5. Wie gedenkt der Senat die Finanzierung dieser Unterstützung sicherzustellen? Ist dazu Vorsorge im aktuellen Haushalt getroffen? Wenn ja, wo?

Zu 5.: Für die geplanten Aktivitäten stehen keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung. Sie werden aus dem laufenden Haushalt finanziert. Dies ist in einigen Fällen

auch deshalb möglich, da z.B. der jährlich stattfindende Integrationstag anlässlich des Jahres zur Chancengleichheit gezielt mit diesem Themenfeld besetzt wird, so dass keine zusätzliche Veranstaltung mit zusätzlichen Kosten durchgeführt werden muss.

Berlin, den 12. Januar 2007

In Vertretung

Dr. Petra L e u s c h n e r

Senatsverwaltung für Integration,
Arbeit und Soziales

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Januar 2007)